

Ein Aufruf zur Selbstbestimmung:
Das Manifest des Himmels



Devanomic

www.devanomicworld.com

www.devanomic.net

email: aktiv@devanomicworld.com

Devanomic

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Deutschland hat keine Verfassung, sondern lediglich ein schwaches Grundgesetz, das 1949 provisorisch eingeführt wurde, um eine Verfassung nach dem Zweiten Weltkrieg zu schaffen – was jedoch nie umgesetzt wurde. Dies hat uns veranlasst, eine starke Verfassung zu fordern, die die Grundrechte und die demokratischen Prinzipien dieses Landes umfassend definiert, schützt und stabilisiert. Devanomic bezieht sich nicht nur auf Deutschland, sondern ist universell und kann in jedem Land umgesetzt werden. Die Verfassung von Devanomic ist ein mutiger Schritt in eine neue Ära der Bürgerbeteiligung und des Engagements. Ein neues Kapitel für Deutschland beginnt. Ihre Stimme zählt!

Lesen Sie unsere Verfassung und werden Sie Teil dieser Veränderung.

Das Manifest des Himmels

Die Verfassung von Devanomic

Artikel 1: Grundprinzipien der Verfassung

1. Selbstvertretung:

Jeder Bürger hat das unveräußerliche Recht, als sein eigener Vertreter aufzutreten und seine Anliegen direkt in den Entscheidungsprozess einzubringen. Dies bedeutet, dass jeder die Möglichkeit hat, seine Ansichten und Bedürfnisse zu äußern, ohne dass eine zentrale Autorität diese Stimme unterdrückt oder ignoriert.

2. Form der Beteiligung:

(1) Antragstellung: Bürger können ihre Anliegen über eine benutzerfreundliche Online-Plattform oder persönlich einreichen.

(2) Bestätigung und Terminierung: Nach der Einreichung wird der Termin für die Sitzung automatisch an den Antragsteller kommuniziert.

(3) Vorbereitung und Durchführung der Sitzung: Der Antragsteller bereitet sein Anliegen in Zusammenarbeit mit einem Expertenteam vor; er hat stets den Vorsitz in der Sitzung und agiert als eigenständiger Vertreter seiner Anliegen. Er erhält ausreichend Zeit, um sein Anliegen zu präsentieren.

(4) Ergebnisverfolgung: Die Ergebnisse der Sitzung werden an die zuständigen Behörden weitergeleitet, die verpflichtet sind, innerhalb von drei Tagen bis drei Monaten zu prüfen und Rückmeldungen zu geben.

3. Transparenz und Verantwortung der Entscheidungsträger: Sollten Entscheidungsträger nach der Veröffentlichung von Sitzungsprotokollen, die öffentliche Angelegenheiten betreffen, versäumen, angemessene Maßnahmen zur Problemlösung zu ergreifen und nachvollziehbare Erklärungen abzugeben, sehen sie sich ernsthaften Konsequenzen ausgesetzt. Eine denkbare Folge wäre die Abberufung aus ihrem Amt, die gleichzeitig als eindeutige Warnung an andere Amtsinhaber fungiert. Des Weiteren sind sie verpflichtet, sich rechtlich gegen Vorwürfe zu verteidigen, die sich auf die Vernachlässigung ihrer Pflichten beziehen. Das Unterlassen erforderlicher Handlungen muss zu internen und externen Ermittlungen führen, die darauf abzielen, die Ursachen der Probleme zu identifizieren und möglicherweise Korruption oder Fehlmanagement aufzudecken. In solchen Fällen müssen die verantwortlichen Personen mit erheblichen Geldstrafen rechnen.

4. Das Volksgericht: Das Volksgericht fungiert als höchste Instanz zur Wahrung der Verfassung und der Bürgerrechte und hat die Befugnis, bindende Entscheidungen zu treffen.

6. Transparenz: Alle Entscheidungen werden offen und nachvollziehbar getroffen, um das Vertrauen der Bürger in die Institutionen zu stärken. Transparenz ist der Schlüssel zu einer funktionierenden Demokratie. Wir verpflichten uns, alle relevanten Informationen über Entscheidungsprozesse öffentlich zugänglich zu machen.

7. Nachhaltigkeit: Die Priorität liegt auf der Förderung nachhaltiger Lösungen, die den Bedürfnissen der gegenwärtigen Generation gerecht werden, ohne die Möglichkeiten zukünftiger Generationen zu gefährden. Dies umfasst auch einen verantwortungsvollen Umgang mit Ressourcen und den Schutz der Umwelt.

8. Inklusion: Alle Bürger, unabhängig von Geschlecht, Rasse oder sozialem Status, haben das Recht, an Entscheidungsprozessen teilzunehmen. Inklusion bedeutet, aktiv Barrieren abzubauen und sicherzustellen, dass alle Stimmen gehört werden, insbesondere die von marginalisierten Gruppen.

Artikel 2: Struktur von Devanomic

1. Benutzerfreundliche Plattform:

Devanomic wird durch eine effiziente Online-Plattform unterstützt, die es den Bürgern ermöglicht, ihre Anliegen einfach zu äußern und zu verfolgen. Diese Plattform wird regelmäßig aktualisiert und so gestaltet, dass alle Bürger, unabhängig von ihrem technischen Wissen, Zugang zu Informationen und Prozessen haben.

2. Kategorisierung sozialer Anliegen:

Anliegen werden in verschiedene soziale Bereiche unterteilt, um eine gezielte Bearbeitung zu gewährleisten. Diese Bereiche umfassen:

1. Bildung
2. Freiheit & Sicherheit
3. Ideen
4. Erneuerbare Energie
5. Aufsicht & Qualitätskontrolle
6. Wirtschaft & Handel
7. Ideen & Konzepte
8. Datenbanken
9. Ernährung
10. Polizei/Ordnungskräfte
11. Forst & Wälder
12. Zivile Weltgemeinschaft
13. Privatsphäre
14. Welt & Weltraum
15. Jugendliche

16. Familie
17. Wildnis
18. Reichtum
19. Unsere Verstorbenen
20. Unsere Senioren
21. Religion/Mystik/Okkultismus
22. Transport/Straßenverkehr
23. Frauen/Männer
24. Medien
25. Devanomic und das Volksgericht
26. Ästhetik & Kreativität
27. Infrastruktur
28. Gruppen
29. Bauwesen
30. Geheime Gesellschaften
31. Kontrolle & Zersetzung
32. Verwaltung
33. Gesundheitssystem
34. Mass & Bürger
35. Probleme
36. Natur & Umwelt
37. Produktion & Recycling
38. Philosophie & Lebensweg
39. Kunst & Kultur
40. Wissenschaft
41. Satelliten & Weltraum
42. Legislative
43. Exekutive
44. Arbeit & Rente
45. Judikative

- 46. Zucht & Schlachtung von Tieren
- 47. Bauer & Landwirtschaft
- 48. Kinder
- 49. Grundeinkommen bedingungslos
- 50. Ministerien
- 51. Sport, Reisen & Freizeit
- 52. Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft

3. Spezialisierte Ministerien:

Für jeden dieser sozialen Bereiche wird ein spezielles Ministerium eingerichtet, das für die Bearbeitung und Verwaltung der jeweiligen Themen verantwortlich ist. Diese Ministerien konzentrieren sich nicht nur auf die Überwachung und Verwaltung ihrer Bereiche, sondern auch auf die Verbesserung der Entscheidungsprozesse und die Bürgerbeteiligung.

Artikel 3: Rechte und Pflichten der Bürger

1. Rechte der Bürger:

(1) Jeder Bürger hat das Recht, seine Anliegen zu äußern und an Entscheidungsprozessen teilzunehmen, einschließlich des Rechts, Vorschläge zu unterbreiten und an Diskussionen teilzunehmen.

(2) Jeder Bürger hat das Recht auf Zugang zu Informationen über Entscheidungsprozesse und deren Ergebnisse, die klar, verständlich und zeitnah bereitgestellt werden müssen.

2. Einberufung eines Volksgerichts:

(1) Kommt es zu einem signifikanten Missbrauch von Macht oder zu einer Gefährdung dieser Verfassung, so haben die Bürger das Recht, ein Volksgericht einzuberufen.

(2) Fühlt sich ein Bürger, trotz der in dieser Verfassung festgelegten Maßnahmen, in seinen Rechten verletzt, hat er ebenfalls das Recht, ein Volksgericht einzuberufen, um seine Anliegen zu vertreten und eine Überprüfung der Situation zu verlangen.

(3) Das Volksgericht fungiert als höchste Instanz zur Wahrung der Verfassung und der Bürgerrechte und hat die Befugnis, bindende Entscheidungen zu treffen.

(4) Die Einberufung erfolgt durch die betroffenen Bürger selbst oder eine Bürgerinitiative, die von einer Mindestanzahl an Unterstützern, z.B. 10 % der wahlberechtigten Bevölkerung, getragen wird.

(5) Die Verhandlungen des Volksgerichts sind öffentlich und transparent, um das Vertrauen der Bürger in den Prozess zu gewährleisten.

(6) Die Ergebnisse und Entscheidungen des Volksgerichts sind für die Regierung verbindlich und müssen innerhalb eines festgelegten Zeitrahmens umgesetzt werden.

3. Pflichten der Bürger:

(1) Verantwortungsvolle Freiheit: Die individuellen Freiheiten werden als grundlegende Rechte anerkannt. Die Grenzen dieser Freiheiten werden so festgelegt, dass die Freiheit eines Einzelnen nicht die Rechte und die Freiheiten anderer beeinträchtigen darf. Dieses Prinzip wird als „verantwortungsvolle Freiheit“ bezeichnet und betont, dass jede Überschreitung dieser Grenze den Einzelnen zu einem Straftäter macht und rechtliche Verantwortung nach sich zieht.

(2) Verantwortung gegenüber anderen: Jeder Bürger ist verpflichtet, die berechtigten Anliegen und Meinungen anderer zu respektieren und in schwierigen Zeiten nach Kräften zu helfen. Dies erfordert Empathie sowie die Bereitschaft, verschiedene Perspektiven zu verstehen und zu berücksichtigen.

Artikel 4: Wahrung der Menschenwürde und der Würde der Natur

1. Unantastbarkeit der Menschenwürde:

(1) Die Wahrung der Menschenwürde gegenüber Übergriffen ist ein grundlegendes Prinzip. Jeder Mensch hat das Recht, sich gegen jegliche Verletzung seiner persönlichen, körperlichen und psychischen Integrität, einschließlich Gewalt, Misshandlung und Missbrauch, zu schützen. Seine Menschenwürde muss um jeden Preis gewahrt bleiben.

(2) Opfer und Personen, die konkret missbraucht wurden und starke Beweise für ihre Ansprüche haben, haben das Recht, über die Bestrafung der Täter mitzubestimmen – einschließlich der Möglichkeit, die Todesstrafe zu fordern. Diese Mitbestimmung stellt sicher, dass die Stimme der Betroffenen gehört wird und die Strafe der Schwere des erlittenen Unrechts entspricht. Im Falle, dass das Opfer nicht mehr lebt, können seine Familie und Angehörigen als Vertreter für seine Rechte eintreten.

(3) Zusätzlich sollten solche sensiblen Fälle öffentlich und live übertragen werden, um jegliches Unrecht zu verhindern. Eine solche Transparenz gewährleistet, dass weder Verfahrensfehler noch Manipulationen unbemerkt bleiben können.

(4) Der Staat ist verpflichtet, die notwendigen Maßnahmen zur Prävention übergriffigen Verhaltens zu ergreifen, einschließlich öffentlicher Aufklärung und Unterstützung für Opfer. Die Medien und sozialen Institutionen sollten sensibel mit Fragen der Übergriffe umgehen und die Opfer unterstützen. Lokale Gemeinschaften müssen aktiv an der Planung und Durchführung von Schutzprogrammen mitwirken und einen sicheren Raum für alle schaffen.

2. Unantastbarkeit der Würde der Natur:

Wirtschaftsprojekte müssen die biologische Vielfalt und natürlichen Ressourcen bewahren. Der Schutz sensibler Gebiete ist unerlässlich. Lokale Gemeinschaften sollten aktiv an umweltpolitischen Entscheidungen beteiligt werden, und Finanzierungsfonds für Schutzprojekte sind notwendig. Zudem sind nachhaltiger Tourismus, Bildung zur Sensibilisierung, Gesetze zur Vermeidung von Verschmutzung und wissenschaftliche Forschung im Umweltbereich von großer Bedeutung.

Artikel 5: Gewaltenteilung

1. Die Staatsgewalt wird **in fünf Gewalten aufgeteilt: die Volksgewalt, die Legislative, die Exekutive, die Judikative und die Aufsichtsbehörde.**
2. Diese fünf Gewalten sind transparent und unabhängig voneinander.
3. Die Gesetzbücher der vier Gewalten (Legislative, Exekutive, Judikative und Aufsicht) werden von diesen Gewalten selbst erstellt und der Prüfung durch die Verfassungskommission sowie der Abstimmung des Volkes unterbreitet. Jede Änderung des Gesetzbuches der vier Gewalten (Legislative, Exekutive, Judikative und Aufsicht) ist an eine erneute Prüfung durch die Kommission und eine öffentliche Abstimmung sowie an das positive Votum der Bürger gebunden.

Artikel 6: Umsetzung und Herausforderungen

1. Effiziente Plattform: Devanomic bietet eine benutzerfreundliche Online-Plattform, die es den Bürgern ermöglicht, ihre Anliegen zu äußern und zu verfolgen. Diese Plattform wird regelmäßig aktualisiert, um den Zugang zu Informationen für alle zu erleichtern. „Soziale Anliegen werden in verschiedenen Bereichen kategorisiert, wobei jedes Team von Fachleuten unterstützt wird.“

2. Bildung und Unterstützung: Devanomic verpflichtet sich, Schulungen und Ressourcen bereitzustellen, um die aktive Teilnahme der Bürger zu fördern. Dazu gehören Workshops, Informationsveranstaltungen und Online-Kurse.

3. Feedback-Mechanismen: Es werden Mechanismen zur Sammlung von Bürgerfeedback eingerichtet, um die Prozesse kontinuierlich zu verbessern. Dies kann durch Umfragen, Foren oder digitale Plattformen geschehen, auf denen Bürger ihre Meinungen und Vorschläge äußern können.

4. Technologische Innovationen: Devanomic wird sich kontinuierlich an technologische Entwicklungen anpassen, um die Effizienz und Effektivität des Systems zu gewährleisten. Dies umfasst die Nutzung sozialer Medien, mobiler Apps und anderer digitaler Werkzeuge zur Förderung der Bürgerbeteiligung und zur schnellen Verbreitung von Informationen.

Artikel 7: Zukunftsvisionen

1. Langfristige Entwicklung: Das Devanomic-System strebt eine kontinuierliche Entwicklung an, um den sich wandelnden Bedürfnissen der Gesellschaft gerecht zu werden. Dies erfordert regelmäßige Überprüfungen der bestehenden Strukturen und Prozesse sowie die Bereitschaft, neue Ansätze zu erproben.

2. Globale Anwendbarkeit: Das Devanomic-System wird als Modell für die Bürgerbeteiligung in verschiedenen kulturellen und politischen Kontexten angepasst, um eine gerechtere Gesellschaft auf globaler Ebene zu fördern. Wir sind offen für den Austausch von Ideen und Best Practices mit anderen Gemeinschaften und Ländern, um voneinander zu lernen und gemeinsam an einer besseren Zukunft zu arbeiten.

Artikel 8: Soziale Gerechtigkeit

1. Chancengleichheit: Devanomic verpflichtet sich, Chancengleichheit für alle Bürger zu fördern. Dies umfasst Maßnahmen zur Bekämpfung von Diskriminierung und zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter sowie der Rechte von Minderheiten.

2. Soziale Programme: Es werden Programme entwickelt, die benachteiligte Gruppen unterstützen, auch über die Landesgrenzen hinaus, um ihnen zu helfen, aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.

3. Bürgerdialoge: Regelmäßige Bürgerdialoge werden organisiert, um die Bedürfnisse und Wünsche verschiedener Gruppen in der Gesellschaft zu erfassen und in den Entscheidungsprozess einzubeziehen.

Artikel 9: Umweltschutz und Klimawandel

1. Nachhaltige Entwicklung: Das Devanomic-System verpflichtet sich, umweltfreundliche Praktiken zu fördern und nachhaltige Entwicklung in allen gesellschaftlichen Bereichen zu integrieren.

2. Öffentliches Bewusstsein: Programme zur Sensibilisierung der Bürger für Umweltfragen werden entwickelt, um das Bewusstsein für den Schutz der Umwelt zu schärfen.

3. Zusammenarbeit mit Umweltorganisationen: Kooperationen mit Einzelpersonen oder Umweltorganisationen werden angestrebt, um gemeinsame Projekte zur Förderung des Umweltschutzes und nachhaltiger Entwicklung zu initiieren.

Artikel 10: Gesundheit und Wohlbefinden

1. Zugang zu umfassenden Gesundheitsdiensten: Der Zugang zu Gesundheitsdiensten wird für alle Bürger garantiert. Dies beinhaltet die Bereitstellung umfassender Informationen über verfügbare Gesundheitsdienste und die Förderung von Krankheitspräventionsprogrammen auf ganzheitliche Weise.

2. Psychische Gesundheit: Die Förderung der psychischen Gesundheit ist ebenso wichtig wie die körperliche Gesundheit. Die Bereitstellung eines bedingungslosen Existenzminimums für jeden Bürger ist erforderlich, um die grundlegenden Bedürfnisse zu decken.

3. Förderung von natürlichen und integrativen Therapien: Programme zur Förderung von natürlichen Heilmethoden und integrativen Therapieansätzen werden entwickelt. Dazu gehören Workshops und Seminare, in denen Experten für natürliche und alternative Medizin ihre Erfahrungen und Methoden teilen und effektive Ansätze zur Förderung von Körper und Geist lehren. Zudem ist die Sensibilisierung für gesunde Ernährung und deren Einfluss auf die allgemeine Gesundheit des Menschen von besonderer Bedeutung.

4. Beseitigung schädlicher Lebensmittel: Die Regierung ist verpflichtet, schädliche Lebensmittel zu identifizieren und zu beseitigen, deren Unbedenklichkeit nicht gewährleistet ist. Dieser Prozess beinhaltet eine gründliche Überwachung der Produktion und des Verkaufs von Lebensmitteln, um das Eindringen schädlicher Produkte in den Markt zu verhindern.

5. Förderung von Gesundheit und gesunden Lebensmitteln: Um die öffentliche Gesundheit und das Wohl der Gemeinschaft zu fördern, ist die Regierung verpflichtet, Initiativen zur Förderung des Konsums von gesunden und biologischen Lebensmitteln zu ergreifen. Diese Initiativen beinhalten die Senkung von Steuern auf biologische Nahrungsmittel, die Gewährung von Subventionen an Hersteller gesunder Lebensmittel und die Schaffung finanzieller Anreize für Käufer.

Artikel 11: Kultur und Gesellschaft

1. Kulturelle Vielfalt: Devanomic erkennt die Bedeutung kultureller Vielfalt an und verpflichtet sich, diese zu fördern. Dazu gehört die Unterstützung kultureller Veranstaltungen, künstlerischer Projekte und Initiativen, die den Austausch zwischen verschiedenen Kulturen fördern.
2. Soziale Projekte: Projekte zur Stärkung des Gemeinschaftsgefühls werden ins Leben gerufen, um die Zusammenarbeit zwischen den Bürgern zu fördern.
3. Freiwilligenarbeit: Bürger werden ermutigt, sich freiwillig in ihrer Gemeinschaft zu engagieren. Programme zur Förderung des Ehrenamts werden entwickelt, um den Bürgern die aktive Mitgestaltung ihrer Gemeinschaft zu ermöglichen.

Artikel 12: Internationale Zusammenarbeit

1. Austauschprogramme: Devanomic wird Austauschprogramme mit anderen Ländern und Gemeinschaften einführen, um den interkulturellen Dialog zu fördern.
2. Globale Herausforderungen: Devanomic wird aktiv an der Lösung globaler Herausforderungen wie Klimawandel, Armut und Ungleichheit mitwirken.
3. Solidarität: Devanomic wird Solidarität mit anderen Gemeinschaften und Ländern zeigen, die mit ähnlichen Herausforderungen konfrontiert sind.

Artikel 13: Gewährleistung und Umsetzung der Grundrechte

1. Recht auf Gleichbehandlung: Jeder Bürger hat das unveräußerliche Recht auf respektvolle und gleichwertige Behandlung, unabhängig von persönlichen Merkmalen wie Rasse, Geschlecht oder Religion. Der Staat verpflichtet sich, diskriminierende Praktiken aktiv zu bekämpfen und die gesellschaftliche Vielfalt zu fördern.

2. Transparenz und Informationszugang: Jeder Bürger hat Anspruch auf Zugang zu öffentlichen Informationen sowie auf Transparenz in staatlichen Angelegenheiten. Eine unabhängige Instanz wird eingerichtet, um die Einhaltung dieses Rechts zu überwachen und regelmäßig zu berichten.

3. Recht auf Bildung: Alle Bürger haben das Recht auf qualitativ hochwertige und inklusive Bildung. Der Staat investiert in Bildungseinrichtungen und spezielle Programme, die benachteiligte Gruppen unterstützen, um Chancengleichheit herzustellen.

4. Faire Arbeitsbedingungen: Jeder Bürger hat das Recht auf faire Arbeitsbedingungen, einschließlich angemessener Löhne und sicherer Beschäftigungsverhältnisse. Eine unabhängige Arbeitsinspektion wird eingerichtet, um die Einhaltung von Arbeitsstandards zu gewährleisten.

5. Schutz der Privatsphäre: Jeder Bürger hat das Recht auf Privatsphäre und Schutz vor unbefugten Eingriffen, insbesondere im digitalen Bereich. Der Staat verpflichtet sich, Maßnahmen zum Schutz personenbezogener Daten zu implementieren.

6. Meinungsfreiheit: Jeder Bürger hat das Recht, seine Meinung frei zu äußern und Kritik auszuüben. Der Staat sorgt dafür, dass Zensur und Diskriminierung von Meinungsäußerungen aktiv bekämpft werden.

7. Versammlungsfreiheit: Jeder Bürger hat das Recht auf Versammlung. Der Staat schützt dieses Recht und gewährleistet, dass Versammlungen ohne unrechtmäßige Eingriffe stattfinden können.

8. Religionsfreiheit: Jeder Bürger hat das Recht auf Religionsfreiheit und die Wahl seiner Weltanschauung. Der Staat fördert den interreligiösen Dialog und schützt die Rechte religiöser Minderheiten aktiv. Jede Form der Aufzwingung von Religion oder Ideologie gilt als strafbare Handlung.

9. Bürgerbeteiligung: Jeder Bürger hat das Recht, an politischen Prozessen teilzunehmen und von Verantwortlichen Rechenschaft zu fordern.

10. Rechtsschutzmechanismen: Der Staat gewährleistet, dass Bürger ihre Grundrechte vor unabhängigen Gerichten geltend machen können. Klare Verfahren zur rechtlichen Durchsetzung werden etabliert.

11. Monitoring und Evaluierung: Eine unabhängige Kommission wird eingerichtet, um die Fortschritte bei der Umsetzung der Grundrechte regelmäßig zu überprüfen und öffentliche Berichte zu erstellen.

12. Öffentliche Sensibilisierung: Der Staat initiiert Informationskampagnen, um das Bewusstsein der Bevölkerung für ihre Rechte und die Möglichkeiten ihrer Durchsetzung zu fördern.

Artikel 14: Devanomic und das Volksgericht

1. Devanomic:

Devanomic bedeutet die „entscheidungsgebende Volksautorität“. Devanomic hat die Aufgabe, soziale Anliegen systematisch zu kategorisieren und zu bearbeiten, um eine gezielte und effektive Verwaltung zu gewährleisten. Die Anliegen werden in verschiedene soziale Bereiche unterteilt, die von Bildung über Freiheit und Sicherheit bis hin zu Umwelt- und Wirtschaftsthemen reichen. Darüber hinaus ist Devanomic für alle übergreifenden Themen des Staates zuständig, sofern keine andere Institution dafür vorhanden ist. Es trägt auch die Verantwortung für die Wahrung und Umsetzung der Verfassung von Devanomic.

(1) Devanomic gewährleistet Transparenz gegenüber den Bürgern, ist für alle zugänglich und ermöglicht es den Bürgern, aktiv in die Verwaltung eingebunden zu sein.

(2) Devanomic ist verantwortlich für die Einberufung und Organisation des Volksgerichts.

2. Das Volksgericht:

(1) Das Volksgericht fungiert als höchste Instanz zur Wahrung der Verfassung und der Bürgerrechte. Es hat die Befugnis, bindende Entscheidungen zu treffen, die für alle staatlichen Institutionen und Entscheidungsträger verbindlich sind.

(2) Das Volksgericht wird einberufen, wenn Bürger das Gefühl haben, trotz aller vorhandenen Möglichkeiten, dass ihre Rechte verletzt wurden oder dass es zu einem signifikanten Missbrauch von Macht gekommen ist.

(3) Die Antragstellung für die Einberufung des Volksgerichts erfolgt durch die Bürger selbst im Bereich von Devanomic, wenn alle Verfahren an den zuständigen Institutionen abgeschlossen sind.

(4) Ein Volksentscheid, adressiert an das Volksgericht, folgt dem Muster regulärer Anträge, zeichnet sich jedoch durch die Fokussierung auf das Volksgericht, erhöhte Beteiligung (mindestens 10 % Unterstützung) und sofortige Verbindlichkeit aus. Die Plattform ist zentral für alle Volksentscheide. Ergänzend gibt es Offline-Optionen, um niemanden auszuschließen. Das System ist schnell, transparent und inklusiv – im Einklang mit der Verfassung.

(5) Begründungspflicht für Urteile:

Jede Entscheidung des Volksgerichts muss mit einer klaren und für Bürger verständlichen Begründung versehen sein. Diese Begründung soll auf gesundem Menschenverstand beruhen und keine juristischen Fachkenntnisse erfordern. Die Begründungen sind öffentlich einsehbar.

Artikel 15: Gleichheit vor dem Gesetz

1. Alle Bürger sind vor dem Gesetz gleich. Niemand darf aufgrund von Geschlecht, Rasse, Sprache, Wohnort oder Herkunft, religiösen oder politischen Überzeugungen benachteiligt oder bevorzugt werden.
2. Jeder Bürger hat das Recht auf Chancengleichheit in Bildung, Beruf und gesellschaftlicher Teilhabe.

Artikel 16: Recht auf Privatsphäre

1. Jeder Bürger hat das Recht auf Schutz seiner persönlichen Daten. Die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung persönlicher Daten bedarf der Zustimmung des Einzelnen.
2. Der Staat verpflichtet sich, die Privatsphäre der Bürger zu wahren und Missbrauch von Daten zu verhindern.

Artikel 17: Recht auf Bildung

1. Bildung: Bildung ist eine öffentliche Angelegenheit und muss für alle Bürger, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft und Alter, zugänglich sein. Der Staat verpflichtet sich, ein Bildungssystem zu fördern, das Chancengleichheit und individuelle Unterstützung für jeden Bürger in jedem Alter gewährleistet.

2. Bildungsinitiativen: Devanomic wird Programme zur politischen Bildung und Sensibilisierung der Bürger einführen, um das Verständnis für die Funktionsweise der Gesellschaft, politische Systeme sowie Rechte und Pflichten zu fördern.

3. Zusammenarbeit mit Bildungseinrichtungen: Devanomic wird mit Schulen, Universitäten und anderen Bildungseinrichtungen zusammenarbeiten, um Bildungsressourcen zu entwickeln und den Wissensaustausch zu fördern.

4. Förderung kritischen Denkens: Bürger werden ermutigt, kritisch zu denken und sich aktiv mit sozialen Themen auseinanderzusetzen. Dies kann durch Diskussionsforen, Debatten und andere Formate geschehen, die den Austausch von Ideen und Perspektiven fördern.

Artikel 18: Transparenz und Recht auf Zugang zu Informationen

1. Alle intransparenten Institutionen und Organisationen, die im Verborgenen agieren und deren Aktivitäten nicht der öffentlichen Kontrolle unterliegen, gelten als illegal und müssen aufgelöst werden.
2. Jeder Bürger hat das Recht auf umfassende Informationen über die Aktivitäten des Staates und seiner Institutionen.
3. Der Staat ist verpflichtet, Transparenz in allen Bereichen der öffentlichen Verwaltung zu gewährleisten.
4. Bürger haben das uneingeschränkte Recht auf Informationen über die Funktionsweise und Entscheidungen öffentlicher Institutionen.
5. Alle Einrichtungen, die direkt oder indirekt die Öffentlichkeit betreffen, wie beispielsweise Satelliten, müssen in der Hand der Bürger und unter öffentlicher Kontrolle stehen.

Artikel 19: Programmorientierte Wahlen

1. Programmorientierung: Alle Wahlen im Devanomic-System basieren auf einem programmatischen Ansatz. Das bedeutet, dass Personen oder Gruppen, die für ein Amt kandidieren, verpflichtet sind, ein detailliertes Programm vorzulegen.
2. Inhalt der Programme: Die vorgelegten Programme müssen klar und verständlich darlegen, welche Maßnahmen die Kandidaten ergreifen werden, um die Bedürfnisse der Bürger zu berücksichtigen. Diese Programme sollen die Vision und die geplanten Maßnahmen der Kandidierenden transparent machen und den Bürgern ermöglichen, informierte Entscheidungen zu treffen.
3. Überprüfung der Programme: Vor der Wahl werden die Programme von einer unabhängigen Kommission auf ihre Wahrheit und Relevanz überprüft. Diese Kommission stellt sicher, dass die Programme seriöse Ziele enthalten und im Einklang mit den Grundsätzen der Verfassung von Devanomic stehen.
4. Bürgerbeteiligung: Bürger haben das Recht, an öffentlichen Diskussionen über die vorgelegten Programme teilzunehmen.
5. Verantwortung der Gewählten: Gewählte Vertreter sind verpflichtet, die in ihren Programmen festgelegten Maßnahmen umzusetzen und regelmäßig über Fortschritte zu berichten.

Artikel 20: Maximale Vertretung - Basis der Wählerschaft

1. Um sicherzustellen, dass Entscheidungen im Interesse der Mehrheit der Wähler getroffen werden, ist eine Vertretung von mindestens 94 % der Wähler erforderlich. Erhält ein Programm einer Gruppe beispielsweise 68 Prozent der Stimmen, werden die verbleibenden 32 Prozent von anderen Gruppen und deren Programmen hinzugefügt, bis die erforderliche Schwelle von 94 Prozent erreicht ist.

2. Legitimität der Entscheidungen: Diese Regelung gewährleistet, dass Entscheidungen nicht nur von einer Mehrheit, sondern von einer breiten Basis der Wählerschaft getragen werden, was die Legitimität und Akzeptanz der Ergebnisse fördert.

3. Budgetverteilung: Gewählte Programme können parallel umgesetzt werden, und das Budget wird entsprechend dem Stimmenanteil in den gewählten Programmen verteilt.

Artikel 21: Schlussbestimmungen

1. Gültigkeit: Diese Verfassung tritt mit der Annahme durch die Bürger in Kraft. Sie ist ein lebendiges Dokument, das sich in Übereinstimmung mit den Bedürfnissen und Wünschen der Bürger weiterentwickeln kann.

2. Änderungen: Änderungen dieser Verfassung sind nur durch ein Referendum und mit Zustimmung der Bürger möglich. Diese Änderungen müssen ohne Widersprüche argumentiert werden und dem Ziel dienen, das System zu verbessern und weiterzuentwickeln. Grundlegende Prinzipien wie Selbstvertretung, Gewaltenteilung (die fünf Gewalten), Transparenz in allen Angelegenheiten und grundlegende Rechte sind unveränderlich.

----- Ende der Verfassung -----

www.devanomic.net
devanomicworld.com
27.05.2025

Struktur der Devanomic im Vergleich zum föderalen System in Deutschland

11 Schlüsselpunkte zur Devanomic im Vergleich zum föderalen System in Deutschland:

1. Eigenvertretung: Im Rahmen der Devanomic agiert jeder Bürger als eigener Vertreter, was eine direkte Beteiligung am Entscheidungsprozess ermöglicht. Im Gegensatz dazu obliegt in Deutschland diese Verantwortung ausschließlich gewählten Vertretern im Parlament, was in Anbetracht des Einflusses von Lobbyisten und der unzureichenden Aufsicht sowie der mangelnden Wirksamkeit der Willensbildung zu signifikanten Herausforderungen im Bereich sozialer Probleme und Menschenrechte führt.

2. Transparenz und Zugang zu Informationen: Die Devanomic gewährleistet den umfassenden Zugang zu staatlichen Informationen. Dagegen sind in Deutschland bestimmte Institutionen von der Transparenzpflicht ausgenommen, was die Informationsverfügbarkeit einschränkt.

3. Intransparenter Institutionen: In der Devanomic sind intransparente Institutionen **rechtlich nicht zulässig**, und das Recht der Bürger auf Zugang zu Informationen ist fest verankert. In Deutschland hingegen sind einige Institutionen von der Rechenschaftspflicht befreit, und zahlreiche Entscheidungsträger verzichten auf eine transparente Darlegung ihrer Entscheidungsgründe und Informationen.

4. Gewaltenteilung: Die Devanomic etabliert eine Aufteilung der politischen Macht in fünf Gewalten und unterwirft gesetzliche Änderungen der Abstimmung durch das Volk. Im deutschen System hingegen erfolgt die Gewaltenteilung durch drei Hauptgewalten, wobei Änderungen durch parlamentarische Prozesse legitimiert werden. „Aufgrund des Einflusses von Lobbyisten und sogenannter Eliten sowie der unzureichenden effektiven Kontrolle agieren diese drei Gewalten nicht unabhängig, sondern handeln willkürlich und vorgegeben.“

5. Vielfalt der Ministerien: Mit 52 spezialisierten Ministerien bietet die Devanomic eine größere Vielfalt in der ministeriellen Struktur, während Deutschland auf eine begrenzte Anzahl von 15 bis 30 Ministerien angewiesen ist.

6. Justizsystem: Die Devanomic umfasst sowohl öffentliche als auch Volksgerichte, die jedem Bürger offenstehen. Im föderalen System Deutschlands hingegen sind Bürger gezwungen, über Anwälte und offizielle Gerichte zu agieren. Aufgrund des Einflusses von Lobbyisten und der Infiltrierung der einflussreichen Personen sowie der unzureichenden Kontrolle agiert diese Gewalt weder unabhängig noch effizient, sondern handeln willkürlich und vorgegebenen.

7. Sicherheit - Gesundheit und Wohlfahrt: Devanomic stellt umfassende Gesundheitsdienste für alle Bürger bereit, einschließlich eines bedingungslosen Grundeinkommens. Institutionen wie Geheimdienste und moderne Technologien, beispielsweise Satelliten, stellen eine Bedrohung für die

individuelle Privatsphäre dar. In der Devanomic unterliegen diese Institutionen der direkten Aufsicht durch das Volk, während im deutschen föderalen System viele dieser Dienstleistungen nur für spezifische Gruppen zugänglich sind und die Sicherheitsüberprüfungen oft unzulänglich sind.

8. Soziale und individuelle Verantwortung: In der Devanomic wird das Prinzip der „verantwortungsvollen Freiheit“ sowie der Respekt vor den Rechten anderer stark betont, während dies im deutschen Kontext weniger nachdrücklich hervorgehoben wird.

9. Programmorientierte Wahlen: In Devanomic sind Kandidaten verpflichtet, konkrete Programme vorzulegen, während im deutschen föderalen System diese Verantwortung den politischen Parteien obliegt, ohne dass eine unabhängige Bewertung erforderlich ist.

10. Maximale Entscheidungsfindung: Wahlen in der Devanomic sind programmorientiert und erfordern eine Beteiligung von mindestens 94 Prozent der Wähler. Im föderalen System Deutschlands hingegen genügt bereits eine einzige Stimme für eine Entscheidung.

11. Anpassungsfähigkeit an gesellschaftliche Anliegen: Die Devanomic zeigt eine bemerkenswerte Fähigkeit zur schnellen Anpassung an gesellschaftliche Veränderungen, während im deutschen föderalen System eine solche Reaktionsfähigkeit weitgehend fehlt.

Ihre Stimme zählt!

✦✦ Schließen Sie sich uns an! ✦✦

Wussten Sie, dass Ihre Stimme große Veränderungen bewirken kann? Indem Sie diese Petition unterschreiben, senden Sie die Botschaft, dass Ihnen eine gerechte und transparente Gemeinschaft am Herzen liegt. Es ist nicht nur eine Unterschrift; es ist der Beginn einer Reise!

Handeln Sie jetzt!

Füllen Sie einfach dieses Formular aus oder gehen Sie über den folgenden Link, um mit nur wenigen Klicks Ihre Stimme einzubringen: <https://devanomic.net/petition/index.html>
Gemeinsam können wir eine bessere Zukunft schaffen!

Ich, der Unterzeichnende, unterstütze die Verfassung von Devanomic und erkenne die darin festgelegten Prinzipien und Rechte an.

Name: _.....

Datum: _.....

Telefon: _.....

E-Mail (optional): _.....

Adresse: _.....

.....

Unterschrift: _.....

--Senden an:

E-Mail: aktiv@devanomicworld.com

Vielen Dank, dass Sie sich für eine aktive Rolle in unserer
Gemeinschaft entscheiden!
